

ser Regierung, daß das Volk in Nordirland die gleichen Bürgerrechte genießt wie in jedem beliebigen Teil des Vereinigten Königreiches, das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und auf ein Zusammenleben in Frieden und Wohlstand“. Das Engagement der britischen Regierung ist bislang nur darin deutlich geworden, daß die um 500 Mann verstärkte — etwa 2500 Mann umfassende — englische Garnison in Nordirland zum „Schutz von Sachobjekten“ eingesetzt wurde, als Ende April die Bombenattentate auf Postämter und vor allem auf die Trinkwasserversorgung von Belfast verübt wurden. Extremistengruppen auf beiden Seiten schieben sich gegenseitig die Verantwortung dieser Terroraktionen zu, ohne schlüssige Beweise liefern zu können. Es ist bekannt, daß Premierminister *Wilson* schon T. O'Neill in mehreren Gesprächen zu einer Lösung der nordirischen Probleme gedrängt hat. Auch der neue Premierminister wird sich dieses Drängen um so mehr gefallen lassen müssen, als das gute Einvernehmen mit London auch ein wirtschaftliches Erfordernis der „Six Counties“ ist, deren Staatshaushalt ohne die Subventionen aus Westminster zusammenbrechen müßte. Zudem wird die Weltöffentlichkeit immer mehr auf Nordirland aufmerksam. Der süd-irische Außenminister *F. Aiken* flog am 22. April nach New York, um mit UN-Generalsekretär *U Thant* über Nordirland zu sprechen. (Diese Reise wurde von verschiedenen Seiten — auch etwa vom englischen „Catholic Herald“, 9. 5. 69 — als „übereilt“ betrachtet.)

Die Haltung der Bischöfe

Kardinal *Conway*, der Primas von ganz Irland, Erzbischof von Armagh, das in Nordirland liegt, hatte es vor den Parlamentswahlen im Februar abgelehnt, den Katholiken Nordirlands irgendwelche Wahlempfehlungen zu geben. Er erklärte, sie seien wohl mündig genug, ihre eigene Wahl zu treffen. Anders verhielt sich das Blatt „Catholic Standard“, das unter der Überschrift „Support O'Neill“ (am 14. 2. 69) zur klaren Unterstützung des damaligen Premierministers aufrief. T. O'Neill hatte sich ebenso eindeutig um die katholischen Wähler bemüht. In Nordirland selbst dürfte sich die Frage, warum die Bischöfe

sich nicht offen für den Reformkurs O'Neills einsetzten, wohl kaum gestellt haben. Denn die Regierung der Republik „Eire“ hat die Regierung in Belfast nie anerkannt, weil man im Süden die 1921 vollzogene Teilung des Landes bis heute politisch ignoriert. Als Primas von ganz Irland muß sich der Kardinal schon deswegen eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Der Kardinal hat auch seinerseits in einem Interview im (protestantischen) „Belfast Telegraph“ erklärt, für die Haltung der Bischöfe in der nordirischen Frage seien keine politischen, sondern nur menschliche Gründe maßgebend: so sei auch die (vom Interviewer erwähnte) Tatsache, daß kein Bischof in Nordirland einen öffentlichen Empfang besuche, „als stiller Protest gegen die Art und Weise gemeint, wie Katholiken in Nordirland behandelt werden, und habe keinerlei politische Hintergründe“. Eine politische Erklärung sei von den Bischöfen nicht zu erwarten. Das heißt nicht, daß die Bischöfe insgesamt geschwiegen hätten. Sie haben sich nicht nur gegen den Regierungsplan einer „integrierten Erziehung“ in Nordirland gewandt (vgl. „Catholic Standard“, 7. 3. 69), sondern auch wiederholt die Gewaltanwendung bei Bürgerrechtsdemonstrationen verurteilt. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Bischöfe im Januar die Rechtmäßigkeit des Anliegens der Bürgerrechtsbewegung betont. „Die Bürgerrechtsbewegung war ihrem Wesen nach gegen die Gewaltanwendung und gegen jedes Sektierertum. Dies hat sie oft klar und überzeugend bewiesen.“ Jedoch „kleine, insbesondere militante Gruppen haben sich für ihre eigenen Zwecke der Bürgerrechtsbewegung angeschlossen“. Auch diese Zurückhaltung der Bischöfe und des Klerus deutet darauf hin, daß es in Nordirland nicht um einen Glaubenskampf geht, sondern um

eine innenpolitische, eine soziale Frage. In katholischen wie in protestantischen Kirchen Nordirlands wird zur Mäßigung, zur Enthaltung von jeglicher Gewaltanwendung gemahnt. Einen überzeugenden Beweis der Einigkeit in diesem Punkt gaben der katholische und der anglikanische Bischof von Londonderry, als sie am 26. April gemeinsam mit den Führern der übrigen Glaubensgemeinschaften durch die von den Unruhen besonders betroffenen Stadtviertel gingen, um zur Ruhe und Besonnenheit zu mahnen.

Wie soll es weitergehen?

Niemand vermag zu sagen, wie sich die Lage in Nordirland weiter entwickeln wird. Die Londoner „Times“ (21. 4. 69) hat angesichts der Aprilunruhen von „einer rhythmischen Progression der Ereignisse“ gesprochen. Die Gefahr eines regelrechten Bürgerkrieges ist längst nicht gebannt. Wird die ohnehin hart bedrängte Labour-Regierung in London eine Lösung der Bürgerrechtsfrage in Nordirland herbeiführen können? „Die beiden dringenden und unmittelbar notwendigen Erfordernisse in Nordirland“ sind nach „Catholic Herald“ (9. 5. 69) „erstens ein zielstrebiges Mühen um das Zustandebringen einer starken, in sich einigen Opposition im Stormont (dem nordirischen Parlament) und zweitens jemand in Westminster, der finanziell erwirken und Geschäftsbeziehungen in Whitehall und der City etablieren kann“. Ersteres würde dazu beitragen, die Regierungspartei und das Kabinett in Nordirland immer wieder an die absolute Notwendigkeit der Reformen zu erinnern, und letzteres könnte die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Durchführung dieser Reformen (die Gleichberechtigung bei Arbeitsbeschaffung und Wohnungsbau) verwirklichen helfen.

Befriedigungsbemühungen in Venezuela

Seit dem 12. März dieses Jahres ist *R. Caldera*, der mit der Wahlparole „Cambio“ (Wandel) im Dezember 1968 einen recht knappen Sieg errungen hat, Präsident von Venezuela (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 45). Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes konnte ein

aus der Opposition hervorgegangener Präsident das Amt ohne Gewaltanwendung übernehmen. Caldera ist nach *E. Frei* der zweite christdemokratische Regierungschef des Kontinents. Das Programm seiner Partei entspricht auch weitgehend den Vorstellungen der chilenischen Christ-

demokraten. Der Partido Social Cristiano Venezolano, noch immer nach dem früheren Parteinamen als COPEI (Comité de Organización Electoral Independiente) bezeichnet, ist ebenso wenig wie Chiles Democracia Cristiana eine einheitliche Formation, sowohl was die Wählerschaft als auch die politischen Vorstellungen der 600 000 eingeschriebenen Mitglieder betrifft. Im Vergleich zu Freis Programm liegt das Konzept des COPEI, der sich hauptsächlich aus dem Mittelstand rekrutiert, um einige Nuancen weiter rechts, was sich an den jüngsten Äußerungen Calderas über die künftige Erdölpolitik ablesen läßt. Vor allem die Erfahrungen mit der Verstaatlichung der bolivianischen Zinnminen und deren katastrophalen Folgen ähnlich wie mit der „Chilenisierung des Kupfers“ lassen es Caldera angeregt erscheinen, erst nach umsichtiger Planung und eingehenden Verhandlungen mit den US-amerikanischen Ölfirmen einen möglichst konfliktfreien Kompromiß anzustreben. Bislang hat die einseitig auf Erdölge Gewinnung basierende Wirtschaft — wenn auch die größten Gewinne ins Ausland fließen — dem Lande das höchste Durchschnittseinkommen in ganz Lateinamerika gebracht (es ist etwa dreimal so hoch wie der lateinamerikanische Durchschnitt). Diese Tatsache verdeckt aber häufig die wirklichen Verhältnisse unter der Landbevölkerung und in den Elendsquartieren in der Peripherie der Großstädte. Die innere Verteilung des Nationaleinkommens ist ebenso ungleich wie in den übrigen Staaten Mittel- und Südamerikas. Das soziale Problem Venezuelas ist die größte Bürde für Calderas Koalitionsregierung.

Abkehr von der Betancourt-Doktrin

Eine der ersten Maßnahmen Calderas nach seiner Amtseinführung war die Aufhebung des von dem früheren Präsidenten R. Betancourt verfügt Verbots der (moskaufreundlichen) Kommunistischen Partei (PCV) sowie die Freilassung zahlreicher (überwiegend linksgerichteter) politischer Häftlinge. Da namhafte Marxisten in der neugegründeten Unión Para Avanzar (UPA) bereits am Wahlkampf beteiligt waren, bezeichnete auch der Innenminister L. Fernández die Wiederzulassung des

PCV als eine „Geste politischer Ehrlichkeit“ (nach „Le Monde“, 27./28. 4. 69). Nach wie vor verboten bleibt der Movimiento de la Izquierda Revolucionaria (MIR) der unüberhörbar für Gewaltanwendung plädiert und den Focos der Guerillas in den Bergen und in den Städten Rückhalt bietet.

Aufsehen erregt hat vor allem die Abkehr von der *Betancourt-Doktrin*, der zufolge Venezuela kein Regime anerkennen dürfe, das sich durch einen Gewaltakt konstituiert hat. Bei konsequenter Einhaltung dieser Regel würde sich Venezuela gänzlich isolieren, argumentiert Caldera, und er hat auch bereits mit Panamá und Perú, die erst in diesem Jahr durch Militärputsche einen Regierungswechsel erlebten, sowie mit dem Militärregime in Argentinien diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Ungarn Anfang Mai bedeutet wohl gleichzeitig einen Schritt in Richtung auf Herstellung normaler Beziehungen zur UdSSR. Auch zur Anerkennung des Castro-Regimes und zur Wiederaufnahme Kubas in die Organisation Amerikanischen Staaten (OAS) würde sich Caldera bereit erklären. Bislang geht jedoch Castro nicht auf die venezolanische Forderung ein, in keinem lateinamerikanischen Land, sei es finanziell oder militärisch, zu intervenieren.

Gerade mit Kubas Einmischung in venezolanische Angelegenheiten ist die Regierung seit Jahren beschäftigt. Die geographischen Bedingungen ermöglichen es, daß die auf 200 bis 300 Mann geschätzten Guerilla-Truppen ganz Venezuela mit etwa 10 Millionen Einwohnern in Atem halten. Gerade zu Beginn dieses Jahres machten sich die Guerrilleros durch besondere Aktivität bemerkbar und forderten zahlreiche Menschenleben. Daß Castro nicht nur durch Radio-propaganda, sondern auch durch Waffenlieferung und Sendung von Ausbildern beteiligt ist, ist kein Geheimnis.

Schwindende Hoffnungen der Guerrilleros

In der Bevölkerung Venezuelas genießen die Guerrilleros kaum mehr irgendwelche Sympathien, denn die Venezolaner möchten die seit 1961 andauernden Kämpfe in den Bergen beendet wissen. Die Hoffnungen der

Revolutionäre selbst wurden durch die ausbleibenden Erfolge zerstört, und mancher von ihnen würde sich gerne heil aus der Affäre ziehen. So ist auch Calderas Absicht, eine friedliche Lösung des Konflikts mit den Aufständischen herbeizuführen, in den unterschiedlichsten Gruppen auf Verständnis stoßen. In dieser Stimmung konnte sich eine Vermittlungskommission bilden, deren Leiter der Kardinal-Erzbischof von Caracas, J. H. Quintero, ist. Die Kirche des Landes hat schon vor Wochen Kontakte mit den Aufständischen angeknüpft und Vermittlungsdienste zur Regierung angeboten. Inzwischen sind auch Vertreter der Presse, der Industrie- und Handelskammer und von Bürgervereinigungen in dieser Kommission vertreten. Die Regierung hat das Unternehmen gebilligt, und am 12. April konnte im Bischofspalais von Caracas eine Besprechung stattfinden, bei der die Verhandlungsbedingungen diskutiert wurden (vgl. Noticias Aliadas, 30. 4. 69). Das Militär hatte seine Aktionen gegen die Aufständischen vorübergehend eingestellt, und die Regierung hielt einen nichterklärten Waffenstillstand ein, der es den Guerillaführern ermöglichte, ihrerseits zu Absprachen zusammenzukommen und schließlich in Kontakt mit dem Vermittlungsausschuß zu treten. Douglas Bravo selbst, der bekannteste venezolanische Revolutionär und Castrofreund, soll sich in Caracas aufgehalten haben, um mit Regierungsvertretern zu verhandeln. Während die Regierung den Revolutionären gewisse Garantien für ihre Person und einschneidende soziale Reformen im ganzen Land anbietet, verlangen die Aufständischen die umgehende diplomatische Anerkennung Kubas und — dagegen verwehrten sich jedoch die Militärs und die amerikanische Botschaft in Caracas — den freien Abzug von 15 kubanischen Ausbildungsoffizieren. Inzwischen hat jedoch Douglas Bravo ein Schreiben an Kardinal Quintero gerichtet, mit dem ein zumindest vorläufiges Scheitern der Verhandlungen besiegelt wurde (NC News Service, 3. 5. 69). Die Guerrilleros verlangen darin Verhandlungen mit den höchsten Regierungsspitzen, und zwar als gleichberechtigte „Macht“. Neue Gewaltaktionen haben den Verhandlungsfrieden bereits unterbrochen. Die Affäre läßt jedoch deutlich werden, daß die Re-

volutionäre ihre Position neu durchdenken. Die Wiedereingliederung Kubas in die amerikanische Staatengemeinschaft spielt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle. Bekanntlich haben bereits vor Caldera u. a. der US-amerikanische Präsidentschaftskandidat *E. McCarthy* und der brasilianische Erzbischof *H. Câmara* ebenfalls für normale Beziehungen zu Kuba plä-

diert. Man darf hier mit Recht auf einige Veränderungen hoffen.

Sehr beachtet wurde auch ein Hirtenbrief der kubanischen Bischöfe, der am 27. April in allen Kirchen verlesen wurde (NC News Service, 28. 4. 69). Darin macht die Kirche unter anderem die seit fünf Jahren dauernde Wirtschaftsblockade Kubas durch die meisten amerikanischen Staaten für viele Schwierigkeiten des

Landes und Leiden seiner Bevölkerung verantwortlich. „Im Bestreben um das Gemeinwohl unseres Volkes und unserer Gläubigen und im Dienst an den Ärmern unter ihnen klagen wir nach Jesu Gebot und der Verpflichtung von Medellín die ungerechten Bedingungen der Blockade an, die zu unnötigen Leiden beiträgt und alle Bemühungen um Entwicklung erschwert.“

Vorgänge und Entwicklungen

Kontroversen um die Interkommunion

Die zahlreichen Experimente sog. progressiver Theologen und Laien, durch das gleichsam „prophetische“ Zeichen gemeinsamer Eucharistiefiern die Grenzen der Kirchen zu sprengen, haben unbeschadet wiederholter Verurteilungen durch die kirchlichen Autoritäten hüben wie drüben zu der Einsicht geführt, daß diese Frage vorzüglich mehr durchdacht und durch die Erneuerung der eucharistischen Praxis einer Lösung zugeführt werden sollte. Das ist der Sinn des von Theologen aller Konfessionen vorbereiteten Studiendokumentes von Faith and Order, das im August 1969 dem Zentralausschuß des Weltkirchenrates vorgelegt werden soll (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 245). Selbst Kardinal *Alfrink* ließ sich auf der Vierten Session des holländischen Pastorkonzils, nachdem er gegen die Experimente der Studentenseelsorger in Utrecht eingeschritten war, die Erklärung abnötigen, er hoffe von Herzen, daß eine „ökumenische“ Eucharistiefier einmal möglich sein werde (a. a. O., S. 210). Bei der „Rehabilitierung“ der seinerzeit von Kardinal *Alfrink* wegen gemeinsamer evangelisch-katholischer Eucharistiefiern suspendierten Studentenseelsorger wurde zwar vom strikten Verbot jeder Form von „Interzelebration“ ausgegangen, aber die „offene Kommunion“ von Fall zu Fall nicht ausgeschlossen.

Neben den reichlich anfallenden Verboten, beginnend mit dem Nein von Kardinal *Bea* zur Ausnahme von Medellín (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 521 f.), stehen die vorläufigen Einschränkungen, die etwa die Theologische Kommission des katholischen Episkopats in England im März dieses Jahres veröffentlicht hat mit dem Pressekommentar von *J. Coventry SJ*, wonach gegebenenfalls bei bestimmten ökumenischen Anlässen eine gemeinsame Eucharistie gefeiert werden könnte, weil bei gereiften Ökumenikern das Mißverständnis ausscheide, als sollte diese Interkommunion die Unterschiede im Glauben verwischen („Church Times“, 7. 3. 69). Diese wie fast alle sonstigen Überlegungen namhafter Ökumeniker gehen bei der Analyse des Sachverhaltes meist nicht auf die letzten Wurzeln des Problems zurück.

Sicher spielt seit dem Ökumenismusdekret des Zweiten Vatikanums mit den Restriktionen des Papstes (Abschnitt 22) das theologische Problem des Weihepriestertums sowie der „vollständigen Wirklichkeit (substantia)“ der sakramentalen Gegenwart Christi vorerst die entscheidende Rolle bei der Ablehnung der Interkommunion. Tatsächlich nähert sich aber die Diskussion bereits

den tieferen Wurzeln der Schwierigkeiten. Hier und da wird geltend gemacht, es sei sehr zweifelhaft, ob das Herrenmahl, vor allem sein Prototyp in den Evangelien (einschließlich der zeichenhaften Mahlgemeinschaften Jesu mit Sündern und Leuten von Hecken und Zäunen, nach Mark. 2, 15 f. und Luk. 14, 15 f.), wirklich das war, als was die Eucharistie in fast allen Kirchen vorwiegend angesehen wird, nämlich Kult einer Institution mit definiertem Credo. „Einheit des Leibes Christi“ wurde bei Paulus (1 Kor. 10, 14 ff.) trotz bestehender tiefgehender Lehrunterschiede nur als gemeinsames Bekenntnis zu Jesus Christus, dem Herrn, in bewußter Absage an die „Götzenopfermähler“ der heidnischen Umwelt verstanden.

Mut zum ökumenischen Experiment

Neuerdings brachte „Concilium“ (April 1969, S. 250 f.) zwei beachtliche Beiträge im Rahmen des Gesamthemas: „Mut zum ökumenischen Experiment“. Von reformierter Seite äußert sich der Taizé nahestehende Neuenburger Theologe *J. J. von Allmen* über „Die Abendmahlsgemeinschaft aus reformierter Sicht“. Wie wir hernach aus einem früher erschienenen Buch sehen werden, gehen seine Intentionen auf Überwindung der Kirchenspaltung durch volle Kommunion. Hier hält er sich an das ihm gestellte Thema und führt der Reihe nach die Gründe an, die „eine Interkommunion zur Not annehmbar“ machen. Er geht von der Voraussetzung aus, die übrigens den Vorkämpfern für die Union der Kirche von England mit den Methodisten neuerdings klar vor Augen steht, daß die Zahl der Gläubigen immer größer wird, die sich von der Teilnahme an Eucharistiefiern einer anderen Kirche nur noch aus Gründen der Disziplin, nicht aber aus theologischen oder geistlichen Bedenken fernhalten lassen; denn sie meinen zu wissen — und diese Stimmen kommen in wachsender Zahl aus vielen Ländern und Kontinenten, wo Ökumenismus praktiziert wird —, daß das Geschehen in der anderen Kirche so sehr dem entspricht, was uns vom eucharistischen Geheimnis in unserer eigenen Kirche bekannt ist“. Darum sei Interkommunion vorerst annehmbar, wenn sie als Etappe auf dem Weg zur Neuentdeckung der Einen Kirche angesehen werde, nicht als Lösung bestehender Glaubensunterschiede. Sie sei auch zur Not annehmbar, wenn sie genehmigt und kontrolliert werde und wenn sie zumindest auf eine